

Dr. Reiner Klingholz, geboren am 9. Oktober 1953 in Ludwigshafen am Rhein. Der Chemiker und Molekularbiologe hat als wissenschaftlicher Assistent an der Universität Hamburg, als Redakteur des Wochenblattes „Die Zeit“, als Geschäftsführer für



den Bereich Wissenschaft des Magazins GEO und als Redaktionsleiter von „Geo Wissen“ gearbeitet. Seit Juli 2003 ist er Direktor des „Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung“. Im April dieses Jahres hat das Berlin-Institut bei dtv eine neue Studie vorgelegt: „Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig sind Deutschlands Regionen?“ (191 Seiten, dtv, m. zahlr. Farbabb., 10 €).

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Bild einer scheinbar „heilen Welt“: „**Im Tiergarten Berlin**“, Gemälde (undatiert; Format: 38 x 45,7 cm) von Max Liebermann (1847 - 1935); Christie's London

Reiner KLINGHOLZ:

Abschied vom Wachstum

Deutschland ist das mit Abstand bevölkerungsreichste Land der Europäischen Union. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Zahl der Einwohner von damals 68 Millionen auf mittlerweile 83 Millionen angewachsen. Nun hat – ganz langsam – das Schrumpfen begonnen. Warum sollte man sich Sorgen um diese Entwicklung machen?

Natürlich hat das Land keinen gesetzlich garantierten Anspruch auf eine bestimmte Einwohnerzahl. Das Problem des demographischen Wandels steckt auch gar nicht in der absoluten Zahl der in Deutschland Lebenden. Es verbirgt sich vielmehr in der zweiten Ebene der Statistik, in der Dynamik der Entwicklung und in deren regionalen Auswirkungen.



Diese Veränderungen sind ohne historisches Beispiel. Deshalb existieren auch keine Erfahrungen mit den Auswirkungen und keine verlässlichen Konzepte zum strategischen Umgang mit dem Wandel. Statt mit Wachstum, wie bisher, ist in Zukunft mit

einer starken Zunahme des Anteils älterer Menschen und einem sich selbst beschleunigenden Bevölkerungsrückgang zu rechnen. Beide Phänomene sind für Deutschland unvermeidlich. Denn eine durchschnittliche Kinderzahl von 2,1 je Frau, die nötig wäre,

um die Bevölkerung langfristig stabil zu halten, erreicht das Land längst nicht mehr. Sie liegt seit etwa drei Jahrzehnten bei etwa 1,4: Damit ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als die ihrer Eltern. Zwei Eltern mit – statistisch gesehen – 1,4 Kindern kön-

nen somit unter heutigen Bedingungen nur einen Enkel, 0,7 Urenkel und nur noch 0,5 Urenkel erwarten.

Daß wir von diesem Geburtendefizit bisher wenig gespürt haben, hat zwei Gründe: Zum einen ist die durchschnittliche Lebenserwartung seit 1970 um etwa zehn Jahre gestiegen. Zum anderen leben heute ungefähr 14 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland: Aussiedler, Ausländer und eingebürgerte Zugewanderte. Sie und die Alten füllen die Lücken, die durch den Geburtenrückgang entstanden sind. Vorerst.

Doch von 2015 an kommt die zwischen 1955 und 1969 geborene, vergleichsweise kopfstärke Gruppe der „Babyboomer“ ins Rentenalter. Sie entstammen einer Zeit, als noch deutlich über zwei Kinder je Frau geboren wurden. Durch das Altern der Babyboomer wird die Zahl der Sterbefälle, die schon seit 1972 jene der Geborenen übersteigt, immer weiter anwachsen. Sie kann durch eine realistische Zahl von Zuwanderern nicht mehr ausgeglichen werden. Nach der 10. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird bei einer durchschnittlichen jährlichen Netto-Zuwanderung von 200000 Personen, die in etwa dem langjährigen Mittel entspricht, die Einwohnerzahl Deutschlands bis zum Jahr 2050 auf 75 Millionen zurückgehen. Kämen jedes Jahr nur 100000 Migranten, würde die Bevölkerung sogar auf 68 Millionen sinken. Letzteres ist bei einer anhaltend hohen Arbeitslosigkeit nicht unrealistisch: Im Jahr 2004 waren beispielsweise weniger als 90000 Einwanderer zu verzeichnen.

Tatsächlich hat die Bevölkerung Deutschlands seit dem Jahr 2003 begonnen zu schrumpfen. Zwar werden auch Bevölkerungsvorausberechnungen diskutiert, welche die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr 2050 noch auf heutigem Niveau sehen. Diese Prognosen gehen aber von einer Lebenserwartung aus, die weit über den bisherigen Annahmen liegt. Träte dies ein, würden die Probleme der Sozialsysteme keineswegs kleiner. Dann nämlich müßte die abnehmende Zahl der Menschen im Erwerbsalter eine noch größere Zahl von Hochbetagten finanzieren.

Denn unabhängig von der absoluten Bevölkerungszahl wird sich das Verhältnis von jüngeren zu älteren Menschen stark verändern.

Die Zahl der Personen im heute üblichen Erwerbsalter zwischen 20 und 60 Jahren wird bis 2050 um fast ein Viertel abnehmen, die der unter 20jährigen sogar um 30 Prozent. Gleichzeitig steigt der Anteil der über 60jährigen an der Gesamtbevölkerung von heute 25 auf dann 37 Prozent.

Wir werden älter, wir werden weniger: Na und?

Warum aber sollte uns die Verschiebung der Altersgruppen stören? Haben wir etwa in den vergangenen 30 Jahren die Kinderarmut der deutschen Gesellschaft negativ zu spüren bekommen? Ganz im Gegenteil, wir haben davon profitiert. Seit 1975 kamen hierzulande – im Vergleich zur bestandserhaltenden Zahl von 2,1 Kindern je Frau – etwa zehn Millionen Kinder weniger zur Welt. Die Investitionen in Bildung und Erziehung, in Kleidung oder Spielplätze haben wir uns gespart. Als in den 1980er und 1990er Jahren nach und nach die große Gruppe der Babyboomer ins Berufsleben trat, mußten diese nur mehr für vergleichsweise wenige Kinder und noch nicht für viele Alte aufkommen. Der mittleren und älteren Generation bescherte dieser Spareffekt enormen Wohlstand – dem Land aber raubt es die Zukunftsfähigkeit. Denn die eingesparten Milliarden flossen im wesentlichen in den Konsum und nicht in eine nachhaltige Alters- und Krankenabsicherung. Und genau diese Mittel fehlen den Sozialsystemen von morgen. So günstig wie in den vergangenen zwanzig Jahren wird die demographische Situation auf absehbare Zeit nicht mehr werden.

So erfreulich es für jeden einzelnen ist, ein längeres Leben bei guter Gesundheit zu verbringen, so wenig ist die Gesellschaft auf die damit verbundenen Kosten vorbereitet. Bereits heute ist das umlagefinanzierte Rentensystem – die Erwerbstätigen zahlen mit ihren Beiträgen die Renten der Älteren – auf das äußerste belastet. Denn es gibt zu wenige Einzahler. 80 Milliarden Euro müssen bereits jährlich aus Steuermitteln zugeschossen werden – der größte Einzelposten im deutschen Staatshaushalt. Schuld daran ist *noch* nicht die demographische Entwicklung, sondern der desolate Zustand des deutschen Arbeitsmarktes. Das eigentliche demographische Problem der Rentenkassen steht noch bevor.



Wenn die geburtenstarken Jahrgänge etwa von 2015 an in den Ruhestand gehen, verändert sich das Verhältnis von Einzählern zu Renteneempfängern von heute etwa 2:1 in Richtung 1:1. Entweder gilt es dann, den Einzählern mehr abzufordern und/oder den Empfängern weniger auszuhändigen.

Tatsächlich hat schon seit einigen Jahren mit der Einführung des „Nachhaltigkeitsfaktors“ die Ära nominal stagnierender, inflationsbereinigt also sinkender Rentenbezüge begonnen. Auch in der Kranken- und Pflegeversicherung müssen wir uns auf weniger Leistungen bei steigenden Kosten einstellen. Denn der Aufwand medizinischer Betreuung steigt im höheren Alter rapide an. Auch die Zahl der Hochbetagten, die einer professionellen und damit kostenintensiven Betreuung bedürfen, wird deutlich zunehmen. Diese Pflegebedürftigen wurden in der Vergangenheit häufig durch Töchter oder Schwiegertöchter umsorgt. Doch diese klassische Art der Fürsorge wird dort zum Problem, wo es mangels Nachwuchses weniger Töchter, mangels langlebiger Ehen immer weniger Schwiegertöchter gibt und Frauen immer häufiger berufstätig sind.

Weniger Erwerbstätige belasten jedoch nicht nur die sozialen Sicherungssysteme, der Schwund kann auch negative Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Innovationsfähigkeit der Gesellschaft haben. Die ökonomische Entwicklung einer Gesellschaft wird im wesentlichen aus drei Quellen gespeist: dem Produktionskapital, der Zahl der Arbeitskräfte und dem technischen Fortschritt. Bis Anfang der 1990er Jahre hat die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland stetig zugenommen. Stagniert ihre Zahl (wie seit 1995), kann bei gleichbleibendem Produktionskapital (das durch Neuinvestitionen immer wieder aufgefrischt werden muß) Wirtschaftswachstum nur noch durch technischen Fortschritt erzielt werden. Ob jedoch die alternden Erwerbstätigen beim Erfinden und Erneuern mit den jüngeren Bevölkerungen von Frankreich oder den USA und den wesentlich jüngeren von Indien oder China

„Großvater mit Enkel“, Ausschnitt eines Gemäldes (1906; Format: 28 x 24 cm) von Hans Hartig (1873 - 1936); Galerie Barthelmess & Wischnewski, Berlin

werden Schritt halten können und ob die Kapitalmärkte die notwendigen Investitionen in einem stark alternden Land ausreichend zur Verfügung stellen, um den Rückgang der Erwerbstätigen zu kompensieren, ist keineswegs sicher.

Endlich handeln statt jammern

Auch wenn Alterung und Bevölkerungsrückgang in Deutschland unabwendbar sind: Die negativen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft können abgemildert werden. Allerdings verlangt dies ein gesellschaftliches Umdenken, völlig neue Handlungskonzepte und häufig eine Trennung von Althergebrachtem. Im besten Fall kann es dann gelingen, brachliegende gesellschaftliche Ressourcen zu mobilisieren:

- Erstens durch eine längere Lebensarbeitszeit. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich in Deutschland das Alter beim Berufseintritt immer weiter nach hinten, das der Pensionierung aber etwas nach vorn verlagert. Aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung hat sich die Phase, in der die Menschen Rente beziehen, von 10,5 auf 16,8 Jahre erhöht. Mittlerweile sind nur noch 46 Prozent der Männer und knapp 30 Prozent der Frauen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren erwerbstätig. Gleichzeitig starten die Deutschen ungewöhnlich spät ins Erwerbsleben. Akademiker erreichen kaum vor dem 28. Lebensjahr ihren Ausbildungsabschluss. Kürzere Ausbildungszeiten, eine längere Erwerbsphase sowie ein späteres Renteneintrittsalter könnten die Folgen des demographischen Wandels erheblich entschärfen.

- Die zweite Möglichkeit, auch bei schrumpfendem Erwerbspotential die Zahl der Erwerbstätigen zu halten, liegt darin, mehr Frauen zu beschäftigen. Auch hier hat Deutschland Nachholbedarf. Während die Erwerbstätigenquote von Frauen zwischen 25 und 59 Jahren in Großbritannien etwa 72, in Dänemark rund 77 und in Schweden 80 Prozent beträgt – wobei in all diesen Ländern die Kinderzahlen je Frau deutlich höher liegen –, sind in Deutschland lediglich 69 Prozent der Frauen berufstätig. Mitverantwortlich dafür sind fehlende oder unflexible Möglichkeiten der Kinderbetreuung, fehlende Ganztagschulen sowie ein veraltetes Steuersystem, welches etwa über das „Ehegattensplitting“

Andreas Apelt, 1958 in Luckau (Brandenburg) geboren, wohnhaft in Berlin, Prenzlauer Berg, war 1989 Mitbegründer des oppositionellen Demokratischen Aufbruchs in der DDR und ist seit 1991 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Er gehört dem CDU-Fraktionsvorstand an



und ist Leiter des Arbeitskreises Kultur und Wissenschaft und Sprecher für Bundes- und Europaangelegenheiten.

Andreas H. APELT:

Gescheiterte Fusion

Es ist zehn Jahre her, da waren die Bürger Berlins und Brandenburgs aufgerufen, ausgerechnet im Herzen des alten Preußen für ein neues Bundesland zu votieren. Ein Bundesland, das den Anspruch erhob, zu den modernsten Regionen Europas zu zählen, und das mit seiner Fusion die alte Landkarte Deutschlands neu gestalten sollte. Dies war schon eigentümlich, weil man der gerade wiedervereinigten Republik immer preußisch-deutsche Restaurierungsabsichten unterstellte und nicht wahrhaben wollte, welche Chancen sich nicht nur für die Region, sondern auch für die föderale Struktur der erstarrten Republik ergeben konnten. Es schien, als hätten gerade dies die Politiker in Brandenburg und Berlin erkannt, nahmen sie sich doch der Wiederbelebung des durch Potsdamer Abkommen und Nachkriegsge-

den Rückzug von Frauen aus dem Erwerbsleben fördert und Familien, in denen beide Elternteile arbeiten, massiv benachteiligt.

- Der dritte Weg, der demographischen Herausforderung zu begegnen, ist, mehr in die Bildung von heute unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen (darunter viele Zugewanderte und deren Kinder) zu investieren. Wie die Pisa-Studie gezeigt hat, hängt der Schulerfolg in kaum einem Industrieland so stark

schichte gebeutelten Torsos an und sangen gemeinsam das Hohelied der Vereinigung. Vornehmlich ohne ideologische Vorbehalte, denn der Blick nach vorn galt jener prosperierenden Wirtschafts- und Dienstleistungsregion, die schon Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände beschworen hatten.

Nur die PDS, sonst sehr versprechungserfahren, stimmte nicht ein, fürchtete sie doch um ihren eigenen Einfluß in dem von Großkoalitionären regierten Land. Ihrer nicht ganz ungeschickten Mahnung folgten dann auch die versprechungsgeschädigten Ostdeutschen. Das Votum gegen eine Fusion in Brandenburg und Ostberlin war deutlich. Das Hohelied der Fusion verklang ungehört.

Schnell wurde die Idee zu Grabe getragen, was nicht gerade für das Durchstehvermögen von all denen sprach, die sich bis zum Schluß der Aufgabe verpflichtet sahen: Parteien und Kirchen, Vereine, Verbände, Stiftungen. Zu gern lehnte man sich zurück, richtete sich ein in der gewohnten Zweisamkeit und verleugnete sein früheres Werben. So wurde es still, und während der eine oder andere jetzt insgeheim auf eine bundesstaatliche Regelung hoffte, atmete so manches deutsche Bundesland auf, das mit einer märkischen Fusion schon sein eigenes Sterbeglößchen zu vernehmen glaubte.

Was folgt, ist ein Stück aus dem Lehrbuch zeitgenössischen politischen Theaters. Immer wenn ein Vorschlag zu einem neuen Anlauf in der Fusionsfrage kommt, erhebt sich ein Heer von Bedenkträgern. Dabei geht es weniger um die Sache als vielmehr um parteipolitische Profilierungen und tagespolitische Erwägungen. Begleitet wird dies vom vielstimmigen Chor jener Politprofis und Verwaltungsbeamten, die um zukünftige Pfründe und die sicher geglaubten Ruhebetten in den Amtsstuben zittern. Schmerzlich haben

vom sozialen Status der Eltern ab wie in Deutschland. So wird Humanvermögen verschleudert, werden zu viele Jugendliche mit mangelnder Bildung ins Berufsleben entlassen. Eine bundesweite Quote von annähernd zehn Prozent aller Jugendlichen, die selbst am Hauptschulabschluss scheitern, kann sich eine moderne Wissensgesellschaft schlicht und einfach nicht leisten. Im Gegenteil müßte die Bildungspolitik alles tun, um aus der

dies Brandenburgs Innenminister Schönbohm, Wirtschaftsminister Junghanns oder Fraktionschef Lunacek erfahren, die das ansonsten verhaltene Brandenburger Interesse an einer Fusion lautstark artikulierten. Ihre Aufrufe vermochte nicht einmal der Koalitionspartner zu hören.

Ausgerechnet Ministerpräsident Platzeck, sturmerprobt auf den Oderdeichen, macht sich das Zetern und Zaudern zu eigen und bekommt kalte Füße. So bläst er das Unternehmen Hochzeit zur Verwunderung der Berliner Braut erst einmal lautstark ab. Aber waren es nicht gerade die Genossen, die einst mit Landesvater Stolpe und Parteichef Reiche die ersten Männer an die Fusions- und Heiratsfront schickten?

Aber auch Berlin hat sich im Nacharbeiten der Fusionsabsage von 1996 nicht immer mit Ruhm bekleckert, wenn man nur an die Auflösung des Berlin-Brandenburg-Ausschusses im Abgeordnetenhaus oder die Diskussion um den zukünftigen Parlamentssitz denkt. Damit werden genau jene Vorurteile kultiviert, die Berliner und Brandenburger gegen eine Fusion haben.

Auch wenn die Umfragen gerade die Fusionsbefürworter vorn sehen, eine Politik, die glaubt den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, muß sich schon jetzt die Verantwortung für ein zukünftiges Scheitern geben. Es reicht nicht aus, sich auf die PDS zu verlassen, die jetzt umgeschwenkt ist und die Fusion, wenn auch mit Auflagen, befürwortet. Denn Überzeugungen lassen sich nicht mit Zweifeln und Abwägungen und so manchen Taschenspielertricks umsetzen. Und seien es auch nur Scheindebatten um zukünftige Verfassungen. Politik hat eine Verantwortung, die es nicht nur in Sonntagsreden wahrzunehmen gilt. ○

schwindenden Zahl junger Köpfe ein Maximum an Kreativität, Innovation und gesellschaftlichem Engagement herauszuholen.

- Viertens muß sich Deutschland auf eine neue Form der Zuwanderung vorbereiten. Qualifizierte Migrantinnen, die künftige Lücken im Fachkräfteangebot schließen können, sollten gezielt angeworben und ihnen und ihren Familien ein dauerhaftes Bleiben in Deutschland ermöglicht werden. Alle entwickelten In-

dustrielländer werden – mehr oder weniger – demographisch altern und sich deshalb um qualifizierte Einwanderer bemühen. Und diese werden sich entscheiden können, welches Land ihnen die besten Bedingungen bietet. Bislang gehört Deutschland – schon aus Gründen der Sprache – nicht zu den Lieblingsnationen gut ausgebildeter Migranten.

- Vor allem aber braucht Deutschland eine moderne Familienpolitik; denn ein Land ohne Kinder ist ein Land ohne Zukunft. Vergleiche mit anderen westeuropäischen Ländern zeigen, daß sich höhere Kinderzahlen weniger durch hohes Kindergeld, als vielmehr durch Investitionen erreichen lassen, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für *beide* Partner ermöglichen: durch pädagogisch angemessene Kinderkrippen, Kindergärten, Ganztagschulen, aber auch durch Tagesmütter oder Haushaltshilfen. An all dem mangelt es in Deutschland. Hierzulande entscheiden sich Frauen aufgrund unflexibler Kinderbetreuung viel häufiger als in Frankreich, Schweden oder England für eine Karriere und gegen die Familie. Gleichzeitig bleibt den Vätern nach traditionellem Muster die Ernährerfunktion für die Familie. Zerbricht dieses Modell, ist der Weg in die Armut häufig programmiert: Alleinerziehende haben in Deutschland die höchste Sozialhilfequote aller Bevölkerungsgruppen. All diese Faktoren schrecken junge Menschen immer mehr von der Familiengründung ab.

Während sich der jährliche Bevölkerungsschwund auf nationaler Ebene noch nicht einmal im Promillebereich abspielt, ist der Rückgang auf regionaler Ebene längst Realität. Aufgrund des massiven Geburteneinbruchs in den neuen Bundesländern nach der Wende und der Abwanderung von über 1,5 Millionen Bürgern, vorwiegend jungen Menschen, haben manche entlegene und wirtschaftsschwache Regionen im Osten bereits ein Drittel ihrer Bevölkerung verloren. Ein Trend, der sich ungebremst fortsetzt. Denn wo heute die Jungen fehlen, können morgen keine Familien gegründet werden. Der Osten hat allenfalls einige Inseln der Stabilität zu bieten: die Hauptstadtregion, die Räume Dresden und Leipzig sowie die thüringische Städtereihe von Jena über Erfurt bis nach Eisenach. Doch auch der Westen hat seine Schwundzonen. Zum einen verlieren solche Regionen Ein-



wohner, in denen alte Industrien wie Bergbau oder Schwerindustrie, Möbel- oder Porzellanproduktion prägend waren. So im Ruhrgebiet, im Saarland, im südlichen Niedersachsen, in Nordhessen und im bayerischen Oberfranken. Dort liegen die Geburtenzahlen oft schon seit langem auf niedrigem Niveau, und auch hier haben sich junge Menschen andernorts auf die Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen gemacht. In diesen Gebieten, fernab urbaner Zentren, siedelt sich eine moderne Dienstleistungswirtschaft kaum mehr an. Zurück bleiben, im Osten wie im Westen, eher die Älteren und sozial Schwachen. Ein Umstand, der fast zwangsläufig zu weiterem wirtschaftlichem und demographischem Abstieg führt. Nach Prognosen des Bundesam-

tes für Bauwesen und Raumordnung werden bis zum Jahr 2020 mehr als die Hälfte aller deutschen Kreise Einwohner verlieren.

Von der deutschen Völkerwanderung profitieren vor allem die wirtschaftsstarken Räume im Westen. In Zukunft können bei bundesweit rückläufigen Einwohnerzahlen nur solche Regionen weiter wachsen oder stabil bleiben, die attraktiv genug sind, um den weniger werdenden jungen Menschen eine Zukunft zu versprechen. Mit Wachstum rechnen können wichtige Metropolregionen wie München oder Hamburg, das Main-Neckar- und das Rhein-Main-Gebiet. Einen – positiven – Sonderfall bildet das westliche Niedersachsen um die Städte Vechta und Cloppenburg. Das „Oldenburger Münsterland“ ist

Hamburg ist die reichste Region Deutschlands: „Im Hafen“, Gemälde (um 1909; Format: 68 x 81 cm) von Albert Marquet (1875 - 1947); Eremitage, St. Petersburg

nicht nur traditionell kinderreich, es hat sich in der jüngeren Vergangenheit auch beeindruckend entwickelt und weist den bundesweit höchsten Zugewinn an Arbeitsplätzen aus. Es ist die einzige Region Deutschlands, die sich aus eigener Kraft demographisch stabil hält. Dieses Gebiet, das noch vor drei Jahrzehnten als Armenhaus Niedersachsens galt, zeigt damit, daß der Niedergang keine Einbahnstraße sein muß. Die deutschlandweit höchsten Kinderzahlen tragen einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung. ○